

Uwe Thaysen (1940–2007)

Patrick Horst

Wenn es so etwas wie einen zentralen Leitgedanken im Werk des Lüneburger Politologen Uwe Thaysen gibt, dann ist es die Idee der institutionellen Lernfähigkeit des Parlamentarismus. Demokratisch gewählte Parlamente waren für ihn allen anderen Organisationsformen politischer Herrschaft überlegen, weil sie qua definitionem Institutionen permanenter Kritik und demzufolge auch unaufhörlicher Veränderung (Reform) sind. Die Überlebensfähigkeit der Parlamente, ihr historisch nicht zu stoppender Siegeszug waren Thaysen Indiz genug, um allen wiederkehrenden Krisendiagnosen von ihrem Nieder- oder gar Untergang zu trotzen. Sein Anti-Extremismus und sein emphatisches Freiheitsideal drängten ihn ferner dazu, für die Idee des Parlamentarismus in der politischen Bildungsarbeit aktiv zu werben. Für ihn war der Parlamentarismus an gewisse politisch-kulturelle und ideelle Voraussetzungen gebunden.

1. Vita

Geboren wurde Uwe Thaysen am 9. September 1940 im dänischen Skærbæk (deutsch: Scherrebek), das von 1864 bis 1920 zur preußischen Provinz Schleswig-Holstein gehört hatte. Die Thaysens gehörten der deutschen Volksgruppe in Dänemark an. Vater Bruno unterrichtete bis 1945 als Lehrer an einer Schule der deutschen Minderheit in Apenrade. Obwohl kein Mitglied der deutschen Wehrmacht, wurde Bruno Thaysen nach Kriegsende aufgrund seiner NSDAP-Mitgliedschaft ins dänische Internierungslager Aarhus eingewiesen, wo die Briten ihn „entnazifizierten“. Die Familie – Vater Bruno, Mutter Marie, Uwe und die beiden jüngeren Töchter – wurde über das Lager Faarhus nach Neuengamme weitergeleitet, bevor sie über Flensburg nach Glücksburg kam. In Glücksburg nahe der dänischen Grenze verbrachte Uwe Thaysen seine Kindheit und Jugend unter schwierigen äußeren Rahmenbedingungen, ohne davon je viel Aufhebens zu machen: Der Vater war bereits 1950 im Alter von 37 Jahren verstorben – eine Spätfolge der unzumutbaren Haftbedingungen im Lager. Die nicht sehr tatkräftige Mutter begnügte sich mit einer bescheidenen Witwenpension und konnte den Kindern nicht viel bieten. Schon früh musste der heranwachsende Knabe lernen, für sich selbst zu sorgen und Verantwortung für seine nächsten Angehörigen zu übernehmen.

Nachdem Thaysen sein Abitur am Goethe-Gymnasium in Flensburg im Jahre 1960 erfolgreich absolviert hatte, zog es ihn fort aus der Enge seines Elternhauses. Zunächst studierte er ein Jahr Germanistik in Tübingen mit dem Ziel, Lehrer zu werden. Weder das Studienfach noch der Studienort hatte es ihm besonders angetan. Da erwies sich eine zufällige Begegnung mit Winfried Steffani im heimischen Glücksburg als Glücksfall: Steffani, Assistent bei Ernst Fraenkel in Berlin, überzeugte Thaysen davon, zum Studium der Politikwissenschaft an die Freie Universität zu wechseln. Die politisch aufgeladene Atmosphäre in der Frontstadt des Westens im Kalten Krieg – noch dazu im Jahr des Mauerbaus – „packte“ Thaysen erheblich

stärker als die betuliche Atmosphäre in der Gelehrtenrepublik Tübingen. Charismatische Hochschullehrer wie Ernst Fraenkel und Richard Löwenthal faszinierten den jungen Studenten. In Berlin lernte dieser Maleen Reinshagen, Auszubildende an der Berufsfachschule für Beschäftigungstherapie, kennen. 1963 wurde geheiratet, ein Jahr später kam der erste Sohn Arne zur Welt. 1967 wurde Morten geboren. Ein Jahr zuvor, als schon verheirateter Familienvater, schloss Uwe Thaysen sein Diplom mit einer Arbeit über die Erzbergersche Finanzreform bei Ernst Fraenkel ab.

Die erste berufliche Station als wissenschaftlicher Assistent bei Peter Christian Ludz in der DDR-Forschung stellte sich als Fehlgriff heraus. Nach nur einem Jahr kündigte Thaysen seine Stellung, weil der Totalitarismusforscher Ludz, der schon seit Beginn der 1960er Jahre den Übergang der DDR vom Totalitarismus zum Autoritarismus diagnostizierte¹, als Vorgesetzter eher totalitäre denn autoritäre Züge offenbarte. Der junge Familienvater war kurze Zeit ohne Stelle, ehe sich Ernst Fraenkel für eine Interimslösung verwandte und Thaysen ein Doktorandenstipendium besorgte. Im Oktober 1967 wechselte er dann als Wissenschaftlicher Assistent zu Winfried Steffani nach Hamburg. In die Zeit des Wechsels von Berlin nach Hamburg fiel das gescheiterte Experiment, die von der Fachschaft am Otto-Suhr-Institut (OSI) herausgegebene Zeitschrift „Der Politologe“ zu professionalisieren.² Das Journal, 1968 in „Berliner Zeitschrift für Politologie“ umbenannt, überlebte nur ein Jahr unter diesem Titel, ehe es von einem linken Redaktionskollektiv gekapert und als „Sozialistische Politik“ herausgegeben wurde. Für Thaysen und Steffani war dieses Ereignis – wie überhaupt der am OSI grassierende Antiparlamentarismus jener Jahre – Anlass genug, 1969/70 die Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen (DVParl) und ihre gleichnamige Zeitschrift (ZParl) zu gründen. Nach seiner Dissertation 1972 wurde Thaysen Chefredakteur der ZParl; er blieb es bis Ende des Jahres 2002.

Von 1974 an lehrte Thaysen als Professor für Politische Wissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Lüneburg. Der Redaktionssitz der ZParl verblieb bis in die 1990er Jahre weiterhin in Hamburg, wo Thaysen auch seine private Heimstatt gefunden hatte – knapp drei Jahrzehnte in Lokstedt, die letzten Jahre in Eppendorf. 1975 wurde er deutscher Delegierter und 1980 Präsident des „Committee for the Cooperation of European Parliamentary Studies“. Thaysen lehnte 1978 einen Ruf nach Bochum ab und arbeitete statt dessen in vielfältigen hochschulpolitischen Funktionen, als Dekan des Erziehungswissenschaftlichen Fachbereichs (1978–81), als Rektor der Hochschule (1979–81) sowie als Gründungsdekan und Mitglied der Aufbaukommission für den Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fachbereich (1981–84), an der Überführung der Hochschule Lüneburg in den offiziellen Status einer Universität (1989).

Nach dieser Phase intensiven hochschulpolitischen Engagements – und nach schweren privaten Schicksalsschlägen³ – kam ab Mitte der 1980er Jahre die Forschung wieder verstärkt zu ihrem Recht: Von 1985 bis 1988 reiste Thaysen zu verschiedenen Forschungsaufenthalten und

1 Vgl. Peter Christian Ludz, Offene Fragen in der Totalitarismusforschung, in: Politische Vierteljahresschrift 2 (1961), S. 319-344; ders., Totalitarismus oder Totalität? (Zur Erforschung bolschewistischer Gesellschafts- und Herrschaftssysteme), in: Soziale Welt 12 (1961), S. 129-145; ders., Parteilite im Wandel, 3. Aufl., Köln 1970.

2 Dazu Uwe Thaysen/Jürgen W. Falter, Fraenkel versus Agnoli? Oder: Was ist aus der „Parlamentsverdrossenheit“ der 60er Jahre für die heutige „Postparlamentarismus“-Diskussion zu lernen?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 38 (2007), S. 401-413.

3 Der älteste Sohn Arne verunglückte 1982 an der französischen Atlantikküste und blieb querschnittsgelähmt; Morten erkrankte Mitte der 1980er Jahre an Schizophrenie.

Vortragsreisen in die USA; ein Höhepunkt war die Begleitung des demokratischen Präsidentschaftsbewerbers Michael Dukakis im Wahljahr 1988. Von den Erfahrungen, Einsichten und Kenntnissen auf diesen Reisen profitierte das große deutsch-amerikanische Gemeinschaftswerk zum Amerikanischen Kongress und Deutschen Bundestag, das 1988 auf Deutsch und 1990 in englischer Sprache publiziert wurde.⁴ Das, wenn man so will, „amerikanische Jahrzehnt“ Thaysens fand 1994/95 mit der Übernahme des Adenauer-Lehrstuhls der Bundesrepublik Deutschland an der Georgetown University in Washington (D.C.) den krönenden Abschluss. Ende der 1990er Jahre brachte Thaysen einen Studentenaustausch mit dem Colorado College in Colorado Springs, grandios inmitten der Rocky Mountains gelegen, auf den Weg. Die Gastprofessuren dort genoss er 2001 und 2002 in vollen Zügen. Von 1998 an war Thaysen auch Vertrauensdozent der Studienstiftung des deutschen Volkes in Lüneburg, eine Tätigkeit, die ihm und den Stipendiaten viel Freude bereitete.⁵

Als sich im Sommer 1989 der revolutionäre Druck in Osteuropa und auch in der DDR erhöhte, zählte Thaysen zu den wenigen westdeutschen Politikwissenschaftlern, die sich der historischen Tragweite der Ereignisse – auch für die Politikwissenschaft im Westen – bewusst wurden. Nachdem die Grenze am 9. November überraschend geöffnet und der Zentrale Runde Tisch der DDR für den 7. Dezember einberufen worden war, zögerte Thaysen nicht lange und reiste nach Berlin. Er sollte der einzige westdeutsche Beobachter sein, der vom ersten bis zum letzten Tag an den Sitzungen des Runden Tischen teilnahm. Die Neugier, die ihn antrieb, war die Frage, ob sich in revolutionären Umbruchsituationen wie diesen alternative Formen der Herrschaftsorganisation würden durchsetzen können. Thaysen war fast ein wenig erstaunt zu beobachten, wie schnell sich die friedlichen Revolutionäre am Runden Tisch auf die Abhaltung freier Wahlen festlegten – gleich in der ersten Sitzung – und damit implizit eingestanden, dass ihre revolutionäre Legitimität nur von vorübergehender Natur war. Alles lief wie von selbst auf den demokratisch legitimierte Parlamentarismus zu – eine Bestätigung seiner politikwissenschaftlichen Leitidee, wie sie sich Thaysen schöner nicht hätte wünschen können. Dem Buch über den Runden Tisch folgte ein Jahrzehnt später die Dokumentation zu den Sitzungen.⁶

Die weltgeschichtlichen Umbrüche hatten zur Folge, dass sich der zuvor (notgedrungen) nach Westen gerichtete Blick Thaysens in den folgenden zwei Jahrzehnten zunehmend auch gen Osten weitete: Häufig sah man ihn nun nach Dresden, Leipzig, Berlin, Warschau, Budapest oder Moskau reisen, um die verschiedenen Wege der Demokratiefindung zu studieren und seine am Zentralen Runden Tisch der DDR gewonnenen Erkenntnisse zu vertiefen wie weiterzugeben.⁷ Zwischen 1990 und 1992 nahm er Gastprofessuren an der TU Dresden wahr – inso-

4 Uwe Thaysen/Roger H. Davidson/Robert G. Livingston (Hrsg.), US-Kongress und Deutscher Bundestag, Opladen 1988.

5 Vgl. ausführlicher Patrick Horst, Uwe Thaysen (9. September 1940–16. Juni 2007) – Der Lehrer, Hamburg 2008, S. 17 ff., unter: www.leuphana.de/en/zentren/zdemo-english/personen/ehemalige.html. Im Anhang finden sich persönliche Würdigungen Thaysens durch Stipendiaten.

6 Siehe Uwe Thaysen, Der Runde Tisch, Opladen 1990; ders. (Hrsg.), Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente, 5 Bände, Wiesbaden 2000.

7 Vgl. nur Uwe Thaysen/Hans Michael Kloth (Hrsg.), Wandel durch Repräsentation – Repräsentation im Wandel. Entstehung und Ausformung der Parlamentarischen Demokratie in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und der ehemaligen DDR, Baden-Baden 1992; sowie Uwe Thaysen, Wege des politischen Umbruchs in der DDR. Der Berliner und der Dresdner Pfad der Demokratiefindung, in: Karl Eckart/Manfred Wilke (Hrsg.), Berlin, Berlin 1998, S. 69-90.

fern an der Etablierung des Faches dort beteiligt. Für die beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages, die sich in den 1990er Jahren mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur beschäftigten, verfasste er, teils zusammen mit seinem Mitarbeiter Hans Michael Kloth, umfangreiche Expertisen. Schon im Jahr vor dem Fall der Berliner Mauer war Thaysen darüber hinaus für das Goethe-Institut auf Vortragsreisen in Fernostasien, in China, Hongkong, Südkorea und Taiwan, unterwegs. Nach Südkorea, dem nach wie vor geteilten Land, kehrte er 1989 und 2003 für Gastvorlesungen an die Universität von Seoul zurück. Das war für ihn nicht nur wegen der gespenstischen Atmosphäre nördlich des 38. Breitengrads, der Grenze zwischen den beiden Landesteilen, ein unvergessliches Erlebnis. Thaysen wandelte in Südkorea auch auf den Spuren seines Lehrers Ernst Fraenkel, der dort nach dem Zweiten Weltkrieg als Rechtsberater für die US-amerikanischen Militärbehörden am Neuaufbau der Demokratie beteiligt und im Juni 1950 knapp den nordkoreanischen Invasionstruppen entkommen war.

Im Herbst 2006 erkrankte Uwe Thaysen nach einer privaten Afrikareise an einer aggressiven Leukämie. Er verstarb am 16. Juni 2007 im Alter von 66 Jahren in Hamburg, ein Jahr vor seiner Emeritierung.

2. Forschungsschwerpunkte

Der erste große Forschungsschwerpunkt Thaysens war der Parlamentarismus, und er blieb über sein gesamtes Forscherleben hinweg der – ideelle und vermittelt der beim Deutschen Bundestag angedockten DVParl institutionelle – Kern seines Programms. Thaysens Doktorarbeit⁸ enthält bereits das gesamte Programm. Die Ziele, die er dort in Kapitel zwei verkündete, blieben die kommenden dreieinhalb Jahrzehnte gültig: Mit seiner Forschung wollte Thaysen einen Beitrag zu Geschichte und Theorie des parlamentarischen Regierungssystems der Bundesrepublik leisten. Dies war für ihn nur als vergleichende „Institutionenlehre“ überhaupt möglich. Ferner wollte er zur „Theorie der Lernfähigkeit politischer Institutionen“ und zur „Praxis künftiger Parlamentsreformen“ beitragen.⁹ Dabei vertrat er einen „normativen Ansatz“¹⁰, der im Kern der liberalen, pluralistischen Demokratietheorie seiner Lehrer Ernst Fraenkel und Winfried Steffani folgte. Das Parlament, obwohl „Herrschaftsinstrument einer sozialen Minderheit“, hatte er anders als die radikale Linke als Emanzipationsinstrument der Mehrheit keineswegs abgeschrieben. Thaysen ging es nicht wie Johannes Agnoli um seine Ausschaltung, um die maximale Steigerung außerparlamentarischer Formen der politischen Partizipation, sondern darum, „die Möglichkeiten einer parlamentarisch vermittelten Partizipation aufrechtzuerhalten und zu steigern.“ Für manche linke Hitzköpfe der damaligen Zeit mochte er deshalb ein Reaktionär gewesen sein; er aber hielt unbeirrbar daran fest, dass sein theoretisch keinesfalls radikales Konzept „die Praxis faktisch radikaler herauszufordern vermag als manche sich selbst isolierende Konzeption eines empiriefernen (Verbal-)Radikalismus“.¹¹

8 Uwe Thaysen, *Parlamentsreform in Theorie und Praxis. Zur institutionellen Lernfähigkeit des parlamentarischen Regierungssystems – eine empirische Analyse der Parlamentsreform im 5. Deutschen Bundestag*, Opladen 1972.

9 Ebd., S. 52-56.

10 Ebd., S. 66-71.

11 Die Zitate ebd., S. 70.

Legitimationsfragen parlamentarisch vermittelter Herrschaft und Fragen innerparteilicher Demokratie standen folglich von Anfang im Zentrum des Forschungsinteresses Thaysens. Eine erste Chance, die realen Partizipationsmöglichkeiten politischer Parteien und Fraktionen zu analysieren, bot ihm im Gefolge sozialliberaler Planungstheorie Anfang der 1970er Jahre ein Forschungsauftrag der „Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel“. Das aus dem Gutachten hervorgehende Buch kam zu einigermaßen skeptischen Befunden, was die Fähigkeit und den Willen der Fraktionen wie der Parteien zu politischer Planung anbelangt.¹² Dennoch bewertete Thaysen dies unter demokratietheoretischen Aspekten nicht so kritisch wie andere, die darin ganz grundsätzlich „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus“¹³ oder – begrenzter – einen Funktionsverlust des Parlamentes gegenüber der Regierung erblickten. Dass Vorstellungen, Parlamente könnten Orte der politischen Initiative sein, mit der Logik des parlamentarischen Regierungssystems schwerlich vereinbar sind, konnte Thaysen am Beispiel politischer Planung lehrbuchartig vorführen.¹⁴ Wichtiger als der Aufbau politischer PlanungsKapazitäten bei Parlamentsfraktionen und Parteien erschien Thaysen die „Sicherung parlamentarischer Kontrolle über Regierungsplanung“.¹⁵

Nahtlos heraus aus den Studien zu politischer Planung erwuchs das Interesse Thaysens an den Bürgerinitiativen, die in den 1970er Jahren als Reaktion auf die allerorten vorangetriebenen technologischen Großprojekte Furore machten. Auch hier war der Ausgangspunkt vertiefter Forschung wiederum ein Gutachten – diesmal für die von 1976 bis 1978 tagende „Niedersächsische Sachverständigenkommission zur Fortentwicklung des Kommunalverfassungsrechts“. Thaysens Ansatzpunkt bestand darin, der damals verbreiteten Dämonisierung der Bürgerinitiativen entgegenzutreten und sie über systematische empirische Erforschung überhaupt erst einmal sozialwissenschaftlicher Analyse zugänglich zu machen. Seine Studien ergaben, dass die Bürgerinitiativen organisatorisch gesehen keineswegs der „Flugsand“¹⁶ waren, als der sie oft galten. In ihrem Organisationsgrad unterschieden sie sich gar nicht so sehr von herkömmlichen Vereinen, wohl aber in ihrer „Gemeinwohlgenossenschaft“.¹⁷ Trotz des fragwürdigen, anti-pluralistischen Selbstverständnisses so mancher Bürgerinitiative vermochte Thaysen in ihnen keine Gefahr zu erblicken. Den massiven Anstieg der Bürgerinitiativen in den 1970er Jahren wertete er als legitime Reaktion auf Repräsentationsdefizite. In den praktischen Handlungsempfehlungen seines Gutachtens trat er entschieden für die Ausweitung der kommunalen Bürgerbeteiligungsrechte ein, er legte einen detaillierten Katalog möglicher Instrumente vor. Der niedersächsische Gesetzgeber setzte davon jedoch nur zwei Vorschläge um: den Bürgerantrag und die generelle Öffentlichkeit der Ratsausschusssitzungen. Dieses Ergebnis fand Thaysen enttäuschend – zumal die Handlungen nicht mit den Absichtserklärungen der Kommunalpolitiker in Einklang zu bringen waren.¹⁸

12 Vgl. ders./Frank Grube/Gerhard Richter, Politische Planung in Parteien und Parlamentsfraktionen, Göttingen 1976.

13 So Jürgen Habermas im gleichnamigen Buch, Frankfurt a.M. 1973.

14 Vgl. auch Uwe Thaysen, Parlamentarisches Regierungssystem in der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl., Opladen 1976.

15 Siehe seinen gleichnamigen Beitrag in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 3 (1972), S. 176–182.

16 Uwe Thaysen, Bürgerinitiativen – Grüne/Alternative – Parlamente und Parteien in der Bundesrepublik, in: Bernd Guggenberger/Udo Kempf (Hrsg.), Bürgerinitiativen und repräsentatives System, 2. Aufl., Opladen 1984, S. 138.

17 Ebd., S. 137.

18 Vgl. Uwe Thaysen, Bürger-, Staats- und Verwaltungsinitiativen, Heidelberg 1982, S. 253–267.

Die Herausforderung der Parlamente und Parteien durch die Bürgerinitiativen war ein Anzeichen unter anderen dafür, dass das Regieren in der Bundesrepublik immer schwerer wurde. Die Grenzen politischer Planung und technologischer Machbarkeit, auch die allerorten wahrgenommenen existenziellen und ökologischen Gefährdungen der wenig später so bezeichneten „Risikogesellschaft“¹⁹ mündeten Ende der 1970er Jahre in die Regierbarkeitsdebatte ein.²⁰ Weit davon entfernt, für die Bundesrepublik die Unregierbarkeit zu diagnostizieren, interessierte Thaysen sich in den Folgejahren vermehrt für die „Grenzl意思ien der Regierbarkeit“.²¹ Anders als manch einen kulturpessimistischen Konservativen beunruhigte ihn jedoch die Verfassungsarchitektur der Bundesrepublik, die einer gestaltungswilligen Mehrheit im Deutschen Bundestag mit dem Bundesrat und dem Bundesverfassungsgericht mächtige Hürden in den Weg stellte, nicht sonderlich. Seine abgewogenen empirischen Untersuchungen führten ihn vielmehr zu dem Schluss, dass weder das Bundesverfassungsgericht sich zum „Obergesetzgeber“ aufgeschwungen habe noch der Bundesrat zum „Blockadeinstrument“ der Opposition taue.²² Den „Konsensualismus der westdeutschen Politik“, den diese beiden „Vetospiele“²³ bewirkten, bewertete Thaysen im Großen und Ganzen positiv: Obwohl manche Partizipations- und Transparenzdefizite aus dem deutschen „Exekutivföderalismus“ erwachsen, führte dieser „konsensorientierte Konkurrenzföderalismus“ nach seinem Urteil zu einer Verbreiterung der Legitimationsbasis westdeutscher Politik.²⁴ Beunruhigender als die konkordanzdemokratischen Wirkungen des deutschen Föderalismus war für Thaysen die Infragestellung des Mehrheitsprinzips durch linke Sozialwissenschaftler, die in atemberaubend verantwortungsloser Weise die demokratische Legitimität gewählter Mehrheiten in Zweifel zogen, weil diese – angeblich – von der „Guillotine der Mehrheitsentscheidung“²⁵ Gebrauch machten. Eine solche Behauptung stand für Thaysen in eklatantem Widerspruch zur Wirklichkeit des deutschen Verbundföderalismus.

Der Föderalismus, den er schon früh, noch vor jeder Entdeckung von „multilevel governance“, in seiner unauflöslischen Wechselwirkung mit der europäischen Integration analysierte, sollte sich über die Jahre zum zweiten großen Forschungsschwerpunkt Thaysens auswachsen. 1986 gab er zusammen mit Rudolf Hrbek einen Sammelband über das Verhältnis der deutschen Länder zu den Europäischen Gemeinschaften heraus, 1993 schrieb er eine kleine, nur schwer auffindbare Einführungsbroschüre über den deutschen Föderalismus für das „American Institute for Contemporary Studies“.²⁶ Mit voller Kraft kehrte Thaysen zu seinen Föderalismusstudien zurück, nachdem er im Jahre 2000 endlich das Wortprotokoll des Run-

19 Ulrich Beck, *Risikogesellschaft*. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M. 1986.

20 Siehe Wilhelm Hennis (Hrsg.), *Regierbarkeit*. Studien zu ihrer Problematisierung, 2 Bände, Stuttgart 1977/79.

21 Vgl. seinen gleichnamigen Aufsatz in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 20/1979, S. 25-52.

22 Ebd., insbes. S. 34-36 und S. 38-40. Thaysen bezog hier Position gegen Lehmbruchs „Strukturbruchthese“ zwischen Föderalismus und Parteienwettbewerb sowie gegen die Scharpf'sche „Politikverflechtungsfalle“. Vgl. Gerhard Lehmbruch, *Parteienwettbewerb im Bundesstaat*, Stuttgart 1976; Fritz W. Scharpf/Bernd Reissert/Fritz Schnabel, *Politikverflechtung*, Kronberg i.Ts. 1976.

23 George Tsebelis, *Veto Players*. How Political Institutions Work, Princeton 2002.

24 Vgl. Uwe Thaysen, *Mehrheitsfindung im Föderalismus*. Thesen zum Konsensualismus der westdeutschen Politik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 35/1985, S. 3-17, die Zitate S. 3, 5 und 17.

25 Bernd Guggenberger/Claus Offe (Hrsg.), *An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie*, Opladen 1984, S. 12.

26 Uwe Thaysen/Rudolf Hrbek (Hrsg.), *Die deutschen Länder und die Europäischen Gemeinschaften*, Baden-Baden 1986; Uwe Thaysen, *The Bundesrat, the Länder and German Federalism*, Washington (D.C.) 1994.

den Tisches ediert hatte: In schneller Folge verfasste er nun Aufsätze zur europäischen Verfassungsdiskussion, zum Landesparlamentarismus und zur Föderalismusreform. Im Vorfeld der Einrichtung des Zukunftskonventes der EU skizzierte Thaysen seine Position zur Fortentwicklung der EU: Obwohl er in den bis dahin verabschiedeten EU-Verträgen durchaus schon eine „Verfassung“ vorfand und sich der Integrations skepsis vieler maßgeblicher europäischer sowie mancher demnächst neu beitretender Länder bewusst war, plädierte er dennoch für die weitere Vertiefung der EU. An die zu schreibende Verfassung stellte er sehr konkrete Forderungen: verbesserter Proporz im Europäischen Parlament (EP) und im Rat, ein möglichst einheitliches Wahlverfahren für das EP, volle Initiativ- und Zustimmungsrechte für das EP, Wahl (nicht nur Bestätigung) des Kommissionspräsidenten durch das EP, Mehrheitsentscheidung als Regel im Rat und Herabsetzung des Zustimmungsquorums bei qualifizierter Mehrheit auf zwei Drittel, Wahl des Ratspräsidenten für einen längeren Zeitraum²⁷ – alles Vorschläge, die auf eine stärkere Parlamentarisierung des EU-Entscheidungsprozesses zielten und den nach der Regierungskonferenz von Nizza (2000) eingeschlagenen Weg des Intergouvernementalismus wieder zurückdrängen wollten.

Wie eng Europa und Föderalismus zusammenhängen, zeigte sich in den parallelen Bestrebungen in Deutschland, eine Föderalismusreform auf den Weg zu bringen. Ab Ende der 1990er Jahre richteten die Landesparlamente Hessens, Bayerns, Niedersachsens und von Rheinland-Pfalz Enquete-Kommissionen ein, die sich der Stärkung des Föderalismus annahmen. Thaysen war Mitglied in der niedersächsischen Kommission, und er hatte entscheidenden Anteil daran, dass hier die Idee eines Konventes der Landesparlamente (nach dem Vorbild des im Dezember 2001 in Laeken beschlossenen EU-Zukunftskonventes) geboren wurde.²⁸ Es zeigte sich einmal mehr, dass Thaysen bei den theoretisch gewonnenen Einsichten über die Lernfähigkeit der Institutionen nicht stehen bleiben, sondern diese auch in die „Praxis künftiger Parlamentsreformen“ umsetzen wollte.²⁹ In diesem Fall leitete er aus seiner Analyse, dass die Landesparlamente tatsächlich die „Hauptverlierer“ der sachlichen „Unitarisierung“³⁰ im exekutivisch dominierten „Beteiligungsföderalismus“ waren, die Landesregierungen und Ministerpräsidenten hingegen die Hauptprofiteure³¹, die Schlussfolgerung ab: Wollten die Landesparlamente der Entleerung ihrer gesetzgeberischen Kompetenzen wirklich erfolgreich Einhalt gebieten, so mussten sie, repräsentiert durch die Landtagspräsidenten und die Fraktionsvorsitzenden, sich zusammenschließen und nicht nur der Bundesregierung, sondern auch den eigenen Ministerpräsidenten Paroli bieten. Je länger Thaysen diese Versuche der Landesparlamentarier, den Widerstand von unten zu organisieren, beobachtete, desto mehr reifte in ihm die Überzeugung, dass der politische Wille zur Behauptung eines kräftigen und lebendigen Fö-

27 Vgl. seinen Vortrag: „Brauchen wir eine Europäische Verfassung?“, Europa-Union, Kreisverband Lüneburg, 21. Januar 2001, unter: <http://opus.uni-lueneburg.de/opus/volltexte/2001/64/>.

28 Dazu Uwe Thaysen, Der deutsche Föderalismus zwischen zwei Konventen. Zur Reform des deutschen Bundesstaates um die Jahrtausendwende, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29-30/2003, S. 14-23.

29 Siehe Uwe Thaysen (Anm. 8).

30 Konrad Hesse, Der unitarische Bundesstaat, Karlsruhe 1962.

31 Vgl. nur Uwe Thaysen, Parlamentarismus vor dem Hintergrund der europäischen Integration. Die deutschen Landesparlamente: „Hauptverlierer“ ohne Alternative?, in: Politische Bildung 35 (2002), Heft 4, S. 82-92; ders., Landesparlamentarismus zwischen deutschem Verbundföderalismus und europäischem Staatenverbund: Lage und Leistung 1990–2005, in: Thüringer Landtag (Hrsg.), Der Thüringer Landtag und seine Abgeordneten 1990–2005, Weimar 2005, S. 19-67.

deralismus nicht in ausreichendem Maße vorhanden war. Am Ende diagnostizierte er etwas resigniert, beim Lübecker Konvent habe es sich wohl um „das letzte Hurra der Landesparlamente“ gehandelt.³² Die bescheidenen Ergebnisse der Föderalismusreform 2006 wie die alsbaldige Infragestellung mancher Kompetenzzugewinne der Bundesländer bestätigten insoweit die abklingende Euphorie Thaysens.³³

Auch der dritte große Forschungsschwerpunkt Thaysens – die Transition des SED-Staates zur wiedervereinigten deutschen Demokratie – fügte sich in die Leitidee seines Forschungsprogramms: Für ihn war der Verlauf der friedlichen Revolution im Osten Deutschlands ein Entwicklungs- und Lernprozess in Parlamentarismus par excellence – und für die Widerständigen und Oppositionellen am Berliner Runden Tisch persönlich nicht ohne Tragik: Weil sie sich keineswegs als Revolutionäre verstanden, vielmehr als „Garant der Gewaltfreiheit“, auch als Garant der staatlichen Eigenständigkeit der DDR, dessen Regierung sie für eine Übergangszeit bis zur Abhaltung freier Wahlen kontrollieren wollten (am Ende wurden sie gar Minister einer Regierung der Nationalen Verantwortung unter Hans Modrow), mussten sie Kompromisse mit den Machthabern und Unterdrückern von einst eingehen, die ihren Preis hatten – zuletzt den, dass ihnen das Volk abhanden kam.³⁴ Thaysen verurteilte die bürgerbewegten Gruppierungen und Parteien am Runden Tisch für ihre Denkweisen, gar ihre (angeblichen) Lebenslügen jedoch nie; für ihn unterlagen sie als Ausgelieferte einer totalitären Diktatur einem „Imperativ des Mitmachens“.³⁵ Den totalitären Charakter des SED-Staates hatten viele im Westen in den 1970er und 80er Jahren nicht mehr wahrnehmen wollen – darunter auch solche Denker, die plötzlich nach der Wiedervereinigung in den „antitotalitären Konsens“ einmündeten und, wie Jürgen Habermas, zu Staatsphilosophen des wiedervereinigten Deutschlands wurden.³⁶

Thaysen sah das entscheidende Vermächtnis der vielen Runden Tische in der DDR als den „Appell an unser aller Fähigkeit zur zivilgesellschaftlichen Einmischung“.³⁷ Die Widerständigen in der DDR – wie im gesamten Ostblock – zeichneten sich vor (fast) allen früheren Revolutionären dadurch aus, dass sie sich das freie Wort auf gewaltfreie Art und Weise erkämpften. Dies war eine nicht gering zu schätzende zivilisatorische Leistung, für die sie zwar nicht allein, aber doch maßgeblich verantwortlich zeichneten. Mit ihrem Beharren auf unbedingter Gewaltlosigkeit schufen sie die „unabdingbare Voraussetzung von Freiheit“³⁸, und damit standen sie

32 Vgl. Uwe Thaysen, Die Konventsbeziehung zur Föderalismusreform in Deutschland: ein letztes Hurra der Landesparlamente zu Beginn des 21. Jahrhunderts?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 35 (2004), S. 513-539; siehe auch den letzten Satz in: Ders., Landesparlamentarismus (Anm. 31), S. 67.

33 Siehe Fritz W. Scharpf, Föderalismusreform. Kein Ausweg aus der Politikverflechtungsfalle?, Frankfurt a.M. 2009.

34 Vgl. Uwe Thaysen/Hans Michael Kloth, Der Runde Tisch und die Entmachtung der SED. Widerstände auf dem Weg zur freien Wahl, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland. Bd. VII/2, Baden-Baden 1995, S. 1706-1853.

35 Dazu vor allem Uwe Thaysen, Wirtschafts- und sozialpolitische Vorstellungen der neuen Parteien und Bewegungen in der DDR zur Zeit des Zentralen Runden Tisches (1989/90), in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der Deutschen Einheit. Band III/3: Wirtschaft-, Sozial- und Umweltpolitik, Baden-Baden 1999, S. 2716-2806. Ferner ders., Die ausgelieferte Opposition, in: Ehrhart Neubert/Bernd Eisenfeld (Hrsg.), Macht – Ohnmacht – Gegenmacht, Bremen 2001, S. 37-47.

36 Thaysens Verwunderung über den weiten intellektuellen Weg von Habermas findet sich versteckt in Fußnote 7 seines Aufsatzes: Gab es 1989/90 eine Stunde Null der deutschen Verfassungsgeschichte? Eine Dokumentation zur Verfassungsunfähigkeit der DDR, in: Marie-Luise Recker (Hrsg.), Parlamentarismus in Europa, München 2004, S. 198 f.

37 Das Vermächtnis der Runden Tische ist die Fähigkeit zur zivilgesellschaftlichen Einmischung, in: Gunnar Berg (Hrsg.), Runder Tisch und direkte Demokratie, Opladen 2000, S. 45-50.

38 Uwe Thaysen, Einleitender Essay, in: Ders. (Hrsg.), Wortprotokoll (Anm. 6), Bd. I: Aufbruch, S. IX.

entschieden in der Tradition von Locke und der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, auch wenn einzelne Gruppierungen und Akteure am Runden Tisch durchaus rousseauistische Demokratieverständnisse pflegten. Indem sie sich für eine Übergangszeit bis zur Abhaltung freier Wahlen als Kontrolleure einer diktatorischen Regierung engagierten, demonstrierten sie, dass sie die grundlegenden Prinzipien der Demokratie und des Parlamentarismus verinnerlicht hatten, die Uwe Thaysen gerne mit den folgenden drei Sinnsprüchen kennzeichnete: „Ballot, not bullet!“ – „Reden, widerreden und wieder reden!“ – „Mehrheit entscheidet!“³⁹

Die Runden Tische brachte Thaysen folgendermaßen auf den Begriff: Als nicht demokratisch gewählte Institutionen seien sie „Noch-Nicht-Demokratien angemessen“, machten Politik unter Ausnahmebedingungen, die für entwickelte Demokratien „nicht hinzunehmen sind.“ Runde Tische seien „Institutionen der Transformation mehr oder minder geschlossener politischer Systeme zu offenen Gesellschaften, Institutionen, die sich selbst überflüssig machen wollen.“ Weil sie „das ausgeklügelte gewaltenteilige Institutionengefüge entwickelter Demokratien und die dort geltenden Prinzipien der Legitimation“ nicht ersetzen könnten, seien sie als „Vorschulen der Demokratie“ zu bezeichnen.⁴⁰ Die Bezeichnung als Vorschule mag etwas abschätzig klingen; sie war aber nicht so gemeint. Auch wenn Thaysen den Vorrang des Parlamentarismus für entwickelte Demokratien demokratietheoretisch postulierte, nahm er die Runden Tische gegen ihre Verächter in Schutz. Er erkannte ihre Existenzberechtigung selbst für etablierte Demokratien als „hilfreiche Ergänzungen“ politischer Willensbildungsprozesse an.⁴¹

3. Schulgründung und Wissenschaftsmanagement

Eine gezielte und einigermaßen breite Nachwuchsförderung war an der Pädagogischen Hochschule und späteren Universität Lüneburg nicht denkbar. Uwe Thaysen hatte drei Jahrzehnte lang den einzigen Lehrstuhl für Politikwissenschaft inne; Politikwissenschaft wurde vor allem als Unterrichtsfach in den Lehramtsstudiengängen und als Nebenfach in den wirtschafts-, sozial- und erziehungswissenschaftlichen Studiengängen angeboten. Eine wissenschaftliche Schule konnte Thaysen demzufolge nicht gründen. Seine beiden Habilitanden haben jedoch eindrucksvolle wissenschaftlichen Karrieren eingeschlagen: Ferdinand Müller-Rommel, 1992 habilitiert mit einer Arbeit über Grüne Parteien in Europa, hat sich als Parteien-, Regierungs- und Demokratieforscher national wie international ein beachtliches Renommee erworben und ist Leiter des Zentrums für Demokratieforschung in Lüneburg. Die 1998 habilitierte Suzanne S. Schüttemeyer, Professorin für Regierungslehre und Policy-Forschung in Halle, folgte Thaysen 2003 als Chefredakteurin der ZParl und verfügt als emsige Funktionsträgerin deutscher wie europäischer Berufsvereinigungen über eine hohe Reputation in der Zunft. Promoviert hat Thaysen insgesamt nur sieben Personen – darunter Hans Michael Kloth. Seine Dissertation wurde wie Schüttemeyers Habilitation mit dem Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages ausgezeichnet. Der Jury gehörte Thaysen von 1993 bis zu seinem Tod an, von 2001 bis 2003

39 Ders./Hans Michael Kloth (Anm. 34), S. 1793.

40 Uwe Thaysen (Anm. 6), S. 175-176.

41 Vgl. ders., Runder Tisch, in: Rainer Eppelmann u. a. (Hrsg.), Lexikon des DDR-Sozialismus, Paderborn 1996, S. 197-199.

war er ihr Vorsitzender. Für einen späteren Mitarbeiter, mit dem ihn Winfried Steffani Anfang der 1990er Jahre bekanntgemacht hatte, warf er sich als Jurymitglied ebenfalls erfolgreich ins Geschirr.⁴²

An seiner Almer Mater war Thaysen von Ende der 1990er Jahre an in der Hochschulpolitik und im Wissenschaftsmanagement wieder stark gefordert. Von 1998 bis 2005 Mitglied des Senates der Universität, verhinderte er 1999, dass die Universität Lüneburg sich in eine „Agenda-21-Universität“ im Dienste des Nachhaltigkeitsprinzips umwandelte. In den Folgejahren kämpfte er am Ende erfolglos gegen die Umwandlung der Universität in eine Stiftungsuniversität, die 2003 beschlossen wurde. Auch die kurz darauf in die Wege geleitete Fusion der neuen Stiftungsuniversität mit der benachbarten Fachhochschule konnte er nicht verhindern. Immerhin gelang ihm eine gewisse Schadensbegrenzung, indem er in der maßgeblich von ihm verfassten Grundordnung der neuen Leuphana-Universität die Beibehaltung starker Fakultäten und eine Dekanekonferenz vorsah. Damit schienen hinreichend demokratische Sicherungen gegen den Machtzuwachs der Universitätsleitung in die Grundordnung eingebaut.

Positiver als die hochschulpolitische Gesamtsituation entwickelte sich das Fach Politikwissenschaft am Standort Lüneburg. Hieran hatte Thaysen mit einer geschickt eingefädelten Berufungspolitik entscheidenden Anteil. Der erste Coup gelang mit der Berufung des Politologen Thomas Saretzki auf eine Professur für Umweltpolitik an den umweltwissenschaftlichen Fachbereich im Jahre 2000. Saretzki siedelte später ins politikwissenschaftliche Institut über, seine Professur wurde umgewandelt in eine für Politische Theorie und Politikfeldanalyse. Eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft, für die Thaysen noch verantwortlich zeichnete, gelang im Jahre 2003 mit der Rückholung von Müller-Rommel aus Düsseldorf auf eine Professur für Vergleichende Politikwissenschaft. Mit der Gründung des Zentrums für Demokratieforschung wurde ein wissenschaftlicher „Leuchtturm“ in der EU-Förderregion Nordostniedersachsen errichtet, der internationale Strahlkraft entfalten sollte. Müller-Rommel gelang nach dem Tod Thaysens die Verbreiterung des Faches auf vier fest bestallte Professoren.

4. Kritische Würdigung

Uwe Thaysen wandte sich in einer Zeit dem Parlamentarismus in wohlwollend-konstruktiver Absicht zu, als dies nicht unbedingt en vogue war. Dies zeigt einen Charakterzug, der bei einer kritischen Würdigung Thaysens obenan stehen muss: die Unbeirrbarkeit, mit der er – unbeeinflusst von jedem wetterwendischen Zeitgeist – seinen starken Grundüberzeugungen folgte. Wer seinen letzten Aufsatz⁴³ mit dem Forschungsansatz seiner Dissertation vergleicht, dem springt die ungebrochene Kontinuität seiner Überzeugungen ins Auge. Die Faszination des Forschers mit seinem Gegenstand, das Erstaunen um die bemerkenswerte Beharrungskraft des Parlamen-

42 Bei den drei preisgekrönten Werken handelt es sich um (in chronologischer Reihenfolge): Patrick Horst, *Haushaltspolitik und Regierungspraxis in den USA und der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a.M. 1995; Suzanne S. Schüttemeyer, *Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949–1997*, Opladen 1998; Hans Michael Kloth, *Vom „Zettel-falten“ zum freien Wählen*, Berlin 2000.

43 Uwe Thaysen, *Eherne Dichotomien und Diskrepanzen der Demokratie*, in: Werner J. Patzelt/Martin Sebaldt/Uwe Kranenpohl (Hrsg.), *Res publica semper reformanda*, Wiesbaden 2007, S. 209-223.

tarismus trotz all seiner Widersprüchlichkeiten hatte um keine Haaresbreite nachgelassen. Uwe Thaysen mutete es auch nach mehr als drei Jahrzehnten Parlamentarismusforschung immer noch wie ein kleines Wunder an, dass der Parlamentarismus trotz all seiner Aporien und der Kritik, der er demzufolge beständig ausgesetzt ist, nicht totzukriegen war. In regelmäßigen Abständen überprüfte er die Repräsentationsleistung des Deutschen Bundestages und kam dabei ebenso regelmäßig zu dem Schluss, dass er den Funktionen, die ihm aufgetragen waren, insbesondere seiner wichtigsten: der Regierungsbildung, in angemessener Weise gerecht wurde.⁴⁴ Für ihn zeigte dies einmal mehr, dass es sich beim Parlamentarismus um ein „kybernetisches“, „ein Maß haltendes Lernsystem sui generis“ handelte.⁴⁵

Eine kritische Würdigung Thaysen kann zweitens nicht umhin festzustellen, dass sein Forschungsprogramm bei aller empirischen Orientierung stark normativ fundiert war. Dies unterschied ihn schon von manchen Kollegen seiner, der zweiten Generation von Politikwissenschaftlern in der Bundesrepublik, und noch mehr von nachkommenden Generationen. Thaysen begnügte sich nicht mit der Erfassung empirischer Wirklichkeiten, ihm ging es auch um ihre Deutung und Gestaltung. Er stand auch manchen – vermeintlich objektiven – Methoden sozialwissenschaftlicher Datenerhebung äußerst skeptisch gegenüber. In gewisser Weise waren in Thaysens Brust zwei Seelen zuhause, die des Wissenschaftlers und die des Politikers. Er hat mit dem Gedanken geliebäugelt, eine politische Karriere einzuschlagen, ließ jedoch aufgrund der zu erwartenden negativen Auswirkungen auf sein Familienleben davon ab. So blieb Thaysen als *zoon politikon* auf die Politikberatung und die politische Bildungsarbeit verwiesen – zwei Felder, auf denen die Wirkung des begnadeten öffentlichen Rhetors wahrscheinlich größer war als auf dem Feld der Wissenschaft.

Drittens ist zu berücksichtigen, dass Thaysen drei Jahrzehnte lang die Chefredaktion der ZParl innehatte und hier maßgeblich für die Ausrichtung des Redaktionsprogramms verantwortlich zeichnete – eine zeitraubende Aufgabe. Thaysen lag viel daran, „Legitimations- und Repräsentationsfragen“⁴⁶ gegenwärtiger Politik nicht nur *ex post* zu erforschen, sondern dies auch möglichst aktualitätsnah zu tun, um auf politische Reformprozesse einzuwirken. Der Nachweis, ob und inwieweit ihm dies gelang, kann hier nicht geführt werden; unbestritten dürfte sein, dass Thaysen die Texte intensiver als andere redigierte.

5. Rezeption im Fach und in der Öffentlichkeit

Thaysens Rezeption im Fach ist nach dem vorher Gesagten nicht einfach zu beurteilen, weil er viel Einfluss im Verborgenen nahm, große, einschlägige Monographien aber nicht verfasst hat. Auf dem Felde der Parlamentarismusforschung war seine Dissertation zum Thema der Parlamentsreform zwar eine auch theoretisch bemerkenswerte Forschungsleistung; ihrer breiten Re-

44 Vgl. Uwe Thaysen, *Repräsentative Demokratie: Ist der Deutsche Bundestag dem zunehmenden gesellschaftlichen Pluralismus noch gewachsen?*, in: Günther Rüter (Hrsg.), *Repräsentative oder plebiszitäre Demokratie – eine Alternative?*, Baden-Baden 1996, S. 223-243; Uwe Thaysen, *Fehlstart der Regierung Schröder II?*, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), *Bilanz der Bundestagswahl 2002*, München 2003, S. 181-219; Uwe Thaysen, *Regierungsbildung 2005: Merkel, Merkel I, Merkel II?*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 37 (2006), S. 582-610.

45 Uwe Thaysen (Anm. 43), S. 223.

46 So steht es bis heute im Editionsprogramm der ZParl in jedem Heft.

zeption stand aber die enge Begrenzung des Themas entgegen. Für Studien zur Parlamentsreform stellt sie jedoch nach wie vor eine Referenz dar.⁴⁷ Breiter rezipiert wurde in den 1970er und 1980er Jahren seine kleine Einführung in das parlamentarische Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist jedoch in ihren empirischen Teilen veraltet. Ein Meilenstein der – vergleichenden – Parlamentarismusforschung war das von ihm mitherausgegebene Werk zum US-Kongress und Deutschen Bundestag aus dem Jahre 1988, das für manchen nachfolgenden Parlamentsvergleich das theoretische Gerüst bereitstellte. Methodisch ging der Trend der vergleichenden Parlamentarismusforschung jedoch eher in Richtung des Vergleichs höherer Fallzahlen und der Rational-Choice-Schule, detailtiefe Vergleiche zweier oder weniger Parlamente blieben die Ausnahme.⁴⁸

Thaysens Studien zum Landesparlamentarismus und Föderalismus wurden zur Zeit ihrer Veröffentlichung stark beachtet, weil sie den neuesten Stand der Forschung repräsentierten und darüber hinaus den Lauf der Politik zu beeinflussen suchten. Obwohl er in diesen Beiträgen zeitlose Wahrheiten des deutschen Föderalismus auf den Begriff brachte, waren sie in ihrer Wirkung stark zeitgebunden. Sie wurden zudem sehr verstreut publiziert, in Zeitschriften oder Landtagsfestschriften, was ihrer wissenschaftlichen Rezeption entgegenstand. Auch hier sollte Thaysen das Fehlen einschlägiger Monographien zum Nachteil gereichen. Eine Wirkung aber konnte festgestellt werden: Ein Lehrbuch zum „Landesparlamentarismus“, für das er in erster Auflage den Niedersachsen-Beitrag geschrieben hatte⁴⁹, heißt nun in zweiter Auflage auch so, nachdem der Titel der ersten Auflage („Länderparlamentarismus“) auf die entschiedene Kritik Thaysens gestoßen war.⁵⁰

Beim dritten Forschungsgebiets Thaysens interessiert sich die Politikwissenschaft zwar für das Thema der Systemtransformation, aber nicht sonderlich für den Fall der DDR, der in einschlägigen Lehrbüchern allenfalls als „Sonderfall“ rangiert.⁵¹ Dennoch hat Thaysen mit seinem Buch über den Runden Tisch aus dem Jahre 1990, den Expertisen für die beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie mit der Herausgabe des Wortprotokolls und der Dokumente des Zentralen Runden Tisches der DDR für zukünftige historiographische Forschung über die Zeit des Umbruchs in der DDR unverzichtbare Grundlagen gelegt. Historiker werden um dieses Quellenmaterial nicht herumkommen.

Mit Blick auf die Öffentlichkeitswirkung war Thaysen ein Mann nicht der allgemeinen, sondern der interessierten Fachöffentlichkeit. Er wirkte hauptsächlich in und durch Institutionen, nicht durch große mediale Inszenierungen. Sein Einflussmedium waren die Kommissionen gleich welcher Art, in denen er seine überlegenen intellektuellen und strategischen Fähigkeiten,

47 Vgl. Stefan Marschall, *Parlamentsreform*, Opladen 1999; Christian Demuth, *Der Bundestag als lernende Institution*, Baden-Baden 2009.

48 Derzeit arbeiten jedoch Oscar W. Gabriel und Suzanne S. Schüttemeyer zusammen mit ihren französischen Kooperationspartnern an einer DFG-geförderten Studie über „Repräsentation im Wahlkreis – Bevölkerung und Abgeordnete in Deutschland und Frankreich“.

49 Uwe Thaysen, *Parlamentarismus in Niedersachsen: Der Landtag im Leineschloss*, in: Siegfried Mielke/Werner Reutter (Hrsg.), *Länderparlamentarismus in Deutschland*, Wiesbaden 2004, S. 277-307.

50 Vgl. dies. (Hrsg.), *Landesparlamentarismus*, 2. Aufl., Wiesbaden 2012. Zur Kritik am Titel der ersten Auflage vgl. Uwe Thaysen, *Konventsbeziehung* (Anm. 32), S. 539.

51 Siehe Wolfgang Merkel, *Systemtransformation*, 2. Aufl., Wiesbaden 2010, S. 353-361.

auch seine Fähigkeiten zur Kompromissbildung ausspielen konnte. So war er in der schleswig-holsteinischen Enquete-Kommission 1988/89 zum Beispiel mit zwei Sondervoten zum parlamentarischen Untersuchungsrecht und zur vorgeschlagenen Volksenquete teilweise erfolgreich. Keinen Erfolg, immerhin aber einiges Aufsehen erzielte er in der Gemeinsamen Verfassungskommission 1992 mit seinen Stellungnahmen zu den Themen Bürgerbeteiligung/Plebiszite und Parlamentsrecht. In der niedersächsischen Enquete-Kommission (2000–2002), deren Vorschläge ebenfalls kaum in die Tat umgesetzt wurden, förderte er tatkräftig die Idee, einen Konvent der Landesparlamente abzuhalten. Auch wissenschaftspolitisch nahm er mit seinen Gutachten des Öfteren Einfluss auf den Lauf der Dinge: Im Jahre 1997 führte ein positives Evaluierungsgutachten zur Fortsetzung der finanziellen Förderung des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin. Vier Jahre später half eine von ihm mitverfasste Expertise, die Zukunft des Hauses 1 der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin als Stasimuseum zu sichern.

Bibliographie

a. Primärliteratur

- Parlamentsreform in Theorie und Praxis. Zur institutionellen Lernfähigkeit des parlamentarischen Regierungssystems – eine empirische Analyse der Parlamentsreform im 5. Deutschen Bundestag, Opladen 1972.
- Parlamentarisches Regierungssystem in der Bundesrepublik Deutschland. Daten, Fakten, Urteile im Grundriss, Opladen 1975 (2. Aufl. 1976).
- Politische Planung in Parteien und Parlamentsfraktionen (mit Frank Grube/Gerhard Richter), Göttingen 1976.
- Bürger-, Staats- und Verwaltungsinitiativen. Ein Beitrag zur Entwicklung kooperativer Systeme mittelbarer und unmittelbarer Demokratie. Reformen zugunsten der Bürgerbeteiligung am Beispiel einer Kommunalverfassung, Heidelberg 1982.
- US-Kongress und Deutscher Bundestag. Bestandsaufnahmen im Vergleich (als Hrsg., mit Roger H. Davidson/Robert G. Livingston), Opladen 1988 (engl. 1990).
- Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie, Opladen 1990.
- Demokratie in Europa. Zur Rolle der Parlamente (als Hrsg., mit Winfried Steffani), Opladen 1995.
- Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente (als Hrsg.), 5 Bände, Wiesbaden 2000.
- Landesparlamentarismus zwischen deutschem Verbundföderalismus und europäischem Staatenverbund: Lage und Leistung 1990–2005, in: Thüringer Landtag (Hrsg.), Der Thüringer Landtag und seine Abgeordneten 1990–2005, Weimar 2005, S. 19-69.
- Eherne Dichotomien und Diskrepanzen der Demokratie: Ein Beitrag zur Parlamentarismustheorie, in: Werner J. Patzelt/Martin Sebaldt/Uwe Kranenpohl (Hrsg.), Res publica semper reformanda, Wiesbaden 2007, S. 209-223.

b. Sekundärliteratur

- Demuth, Christian, Der Bundestag als lernende Institution. Eine evolutionstheoretische Analyse der Lern- und Anpassungsprozesse des Bundestages, insbesondere an die Europäische Integration, Baden-Baden 2009.
- Kloth, Hans Michael, Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die „Wahlfrage“, Berlin 2000.
- Marschall, Stefan, Parlamentsreform. Ziele, Akteure, Prozesse, Opladen 1999.
- Mielke, Siegfried/Werner Reutter (Hrsg.), Länderparlamentarismus in Deutschland. Geschichte, Struktur, Funktionen, Wiesbaden 2004.
- Schüttemeyer, Suzanne S., Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949–1997. Empirische Befunde und theoretische Folgerungen, Opladen 1998.
- Uwe Thaysen zum 65. Geburtstag, Zeitschrift für Parlamentsfragen 36 (2005), Heft 3.

